

Antrag

Fraktion der FDP

Hannover, den 22.10.2013

Für eine verantwortungsvolle und rationale Klimaschutzpolitik

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Das Klima der Erde ist ein sehr komplexes System, das von vielen Faktoren beeinflusst wird und dessen Entwicklung nur schwer vorausgesagt werden kann. Dabei ist unzweifelhaft, dass sich das Klima wandelt und es notwendig ist, sich auf diesen Klimawandel rechtzeitig einzustellen. Welche Ursachen welchen konkreten Beitrag zu den Klimaveränderungen leisten, ist allerdings angesichts der Komplexität des Klimasystems nur schwer nachzuvollziehen.

Für die Politik bedeutet dies, dass sie angesichts der vielfach beschriebenen, in der Zukunft liegenden erschreckenden Szenarien auf Grundlage einer unsicheren Erkenntnislage heute Weichen stellen und Entscheidungen treffen muss. In dieser Situation ist es geboten, behutsam und mit Augenmaß vorzugehen und nach dem Grundsatz zu handeln, dass die konkreten politischen Entscheidungen in einem angemessenen Verhältnis zu ihren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen sowie den jeweils aktuell bestehenden Erkenntnissen über den Klimawandel stehen müssen. Jeglichen Versuchen, die Schreckensszenarien des Klimawandels zu instrumentalisieren und Ängste zu schüren, um gesellschaftspolitische ideologische Ziele durchzusetzen, erteilt der Landtag eine klare Absage.

Bei allen Bemühungen und Entscheidungen das Klima zu schützen, ist auch zu berücksichtigen, dass Klimapolitik nur effektiv sein kann, wenn sie weltweit ergriffen wird. Deutschland und Europa nehmen bereits heute bei der Klimapolitik eine Vorreiterrolle ein. Dies darf aber nicht dazu führen, dass bestimmte Technologien und Produktionsformen durch die Politik aus dem Land getrieben werden. Ziel muss es sein, einen internationalen, technologieoffenen Ordnungsrahmen zu errichten, der Anreize setzt, emissionsarm zu produzieren. Der Europäische Emissionshandel ist hierfür ein gutes Beispiel.

Politische Schnellschüsse wie z. B. das Klimaschutzgesetz der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen sowie zahlreiche Verbotsforderungen haben im Ergebnis keinerlei Einfluss auf den weltweiten Klimaschutz, gefährden aber stattdessen den Wirtschaftsstandort Deutschland und sind letztlich ein Versuch, die Angst vor dem Klimawandel zu instrumentalisieren, um den Bürgerinnen und Bürgern in obrigkeitstaatlicher Manier vorzuschreiben, wie sie zu leben und zu handeln haben.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. ihre klimapolitischen Ziele und ihr Klimaschutzprogramm, insbesondere die Instrumente, dem Landtag vor Verabschiedung zur Erörterung und Zustimmung vorzulegen,
2. die volkswirtschaftlichen Kosten ihrer klimapolitischen Ziele für die niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger sowie die hier ansässigen Unternehmen zu ermitteln und dem Landtag vorzulegen,
3. aufzuzeigen, wie die Landesregierung das Erreichen ihrer klimapolitischen Ziele, u. a. vor dem Hintergrund der in der Landesverfassung verankerten Schuldenbremse, finanzieren will,
4. aufzuzeigen, mit welchen Konzepten die Landesregierung niedersächsische Unternehmen trotz ihrer Klimapolitik im Land halten will,

5. aufzuzeigen, wie die Landesregierung vor dem Hintergrund klimapolitisch begründeter Verbotsforderungen die individuelle Freiheit der Bürgerinnen und Bürgern wahren möchte,
6. aufzuzeigen, wie die Landesregierung vor dem Hintergrund klimapolitisch begründeter Verbotsforderungen die Konsumfreiheit und die Freiheit zur wirtschaftlichen Betätigung wahren möchte.

Begründung

Die deutsche Politik hat sich mit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls im Jahr 1997 verpflichtet, den CO₂-Ausstoß der Bundesrepublik Deutschland von 2008 bis 2012 gegenüber dem Jahr 1990 um 21 % zu reduzieren. Dieses Ziel hat Deutschland deutlich übertroffen. Kein anderes Land mit einer vergleichbaren Wirtschaftsleistung und einem vergleichbaren Industrialisierungsgrad - weder die USA, Japan, Frankreich oder Großbritannien noch Russland oder gar China oder Indien - haben ihre CO₂-Emissionen derart drastisch reduziert. Die zu den größten Emittenten gehörenden Länder China und Indien haben das Kyoto-Protokoll nicht einmal unterzeichnet.

Der Ausstoß an Kohlendioxid betrug 2011 in Niedersachsen ca. 75 Millionen Tonnen, was einem Anteil am globalen Ausstoß von etwa 0,2 % entspricht. Demgegenüber betrug allein die Zunahme des CO₂-Ausstoßes in China von 2010 bis 2011 770 Millionen Tonnen CO₂, also rund das zehnfache der niedersächsischen CO₂-Emissionen.

In ihrem Koalitionsvertrag beabsichtigen die regierungstragenden Parteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen „gegenüber 1990 minus 40 Prozent Treibhausgase bis 2020 und minus 80 bis 95 Prozent Treibhausgase bis 2050“ (S. 81) zu reduzieren. Dabei sieht die Landesregierung insbesondere die Landwirtschaft und damit eine Vielzahl mittelständischer und familiengeführter Betriebe in der Pflicht, durch Veränderungen in ihren Produktionsweisen und ihres Produktionssortiments zum Schutz des Weltklimas beizutragen.

Bei einer solch unsicheren Entwicklungsperspektive, wie sie in der Klimadiskussion vorhanden ist, dürfen Milliardenausgaben für die Volkswirtschaften und Eingriffe in die persönliche Freiheit nicht einfach hingenommen werden. Die Einführung von Auflagen und Vorgaben für Produktionsweisen verursacht betriebswirtschaftliche Kosten, die zu höheren Preisen und damit volkswirtschaftlichen Kosten führen. Die einseitige Heranziehung von im internationalen Wettbewerb stehenden Betrieben führt zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Fragwürdige Maßnahmen zum Klimaschutz dürfen nicht die persönliche Freiheit der Bürger einschränken. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, welche Kleidung wir tragen, wie wir arbeiten, wie wir wohnen, reisen oder unsere Kinder unterrichten, muss auch in Zukunft Teil der persönlichen Freiheit jedes Einzelnen sein.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer